

**Landesverband  
Baden-Württemberg**



Familienbund der Katholiken, Jahnstr. 30, 70597 Stuttgart

Familienbund der Katholiken  
Bundesverband  
Littenstr. 108  
10179 Berlin

Freiburg, 30.09.2022

**Antrag des Familienbund Landesverbands Baden-Württemberg an die BDV 2/2022**

Lieber Ulrich, liebe Mitglieder im Präsidium,

der Landesverband Baden-Württemberg stellt den beigefügten Antrag an die BDV 2/2022.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Hagedorn  
Landesvorsitzender Baden-Württemberg

20.09.2022

Landesverband  
Baden-Württemberg



Antrag zur BDV 2/2022

gestellt vom Landesverband Baden-Württemberg

### **Beschluss:**

Der Familienbund befasst sich auf Bundesebene inhaltlich mit dem Thema der „Klimagerechtigkeit“ verbunden mit der Aufgabe einer Positionierung des Verbandes und berichtet in 12 Monaten.

Ziel ist es, die verschiedenen Aspekte Ökologie/ Klimaschutz und soziale/ gesellschaftspolitische Entwicklungen in der Perspektive der Generationengerechtigkeit, der globalen Verantwortung und Nachhaltigkeit zusammenzudenken und ein Positionspapier mit einem konkreten Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, das als Grundlage für das zukünftige Wirken des Verbandes und für politisches und anwaltliches Handeln dienen soll.

### **Begründung:**

Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert haben Menschen des globalen Nordens damit begonnen, fossile Energien, also Kohle, Öl und Gas zu verbrennen. Dadurch wurden enorme Mengen an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten, also Treibhausgasen freigesetzt und der menschengemachte Klimawandel angestoßen.

Der Klimawandel belastet gesellschaftliche Gruppen und Generationen unterschiedlich stark. So wohnen zum Beispiel Menschen mit einem geringen Einkommen häufiger in schlecht gedämmten Wohnungen und sind somit Extremtemperaturen sowie steigenden Energiepreisen stärker ausgesetzt, was gesundheitliche und finanzielle Folgen nach sich zieht. Besonders stark leiden kleine Kinder und ältere Menschen unter der großen Hitze. Zusätzlich sind Menschen mit verschiedenen Einschränkungen bei Umweltkatastrophen besonders gefährdet. Die Folgen des Klimawandels sind vielfältig und bedrohlich und schaffen zusätzliche Ungerechtigkeiten: innerhalb unserer Gesellschaft von heute, aber vor allem für unsere Kinder und Enkel.

Als gesellschaftspolitischer Akteur, dem das Wohl der Familien am Herzen liegt und der sich um das Erbe an die Kinder- und Enkelgeneration sorgt, muss sich der Familienbund der Katholiken diesem Thema stellen und seine Position dazu formulieren.

Denn der Klimawandel stellt den Familienbund vor eine sehr ambivalente Herausforderung:

So tritt der Familienbund von seinem Selbstverständnis her dafür ein, dass Familienleben in Gesellschaft, Kirche und Staat gelingen kann. Er setzt sich insbesondere dafür ein, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation von Familien zu sichern und ihre Benachteiligungen

in der Gesellschaft zu beseitigen (Art. I Bundesstatut). Zugleich ist es dem Verband ein Anliegen, dass die nachwachsende Generation eine lebenswerte Zukunft hat. Diese beiden Anliegen verursachen zunehmende Zielkonflikte, je stärker der Klimawandel voranschreitet.

Konkret: Eine lebenswerte Zukunft für Familien und ihre Nachkommen ist nur möglich, wenn wir dazu beitragen, den menschengemachten Klimawandel zu bremsen, Energie zu sparen und Ressourcen zu schonen – steigende Energiepreise etwa sind dafür ein klares Signal. Gleichzeitig bedeuten sie eine große Belastung für Familien, besonders im Niedrigeinkommensbereich. Daher müssen Klimaschutz-Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie sozial gerecht sind und den Familien trotz Folgen des Klimawandels und daraus resultierender Einschränkungen ein lebenswertes Leben möglich ist.

In dieser Ambivalenz ist der Familienbund als Anwalt für Familien beauftragt, gut abzuwägen und sein politisches Wirken sowohl an den Erfordernissen des Klimaschutzes auszurichten – Stichwort lebenswerte Zukunft für unsere Kinder und Enkel – als auch am Paradigma der sozialen Gerechtigkeit – Stichwort sozial gerechte Familienpolitik heute.

Um diesem Auftrag gerecht zu werden, ist es notwendig, dass sich der Familienbund auf Bundesebene mit dem Thema „Klimagerechtigkeit“ befasst und eine Positionierung des Verbandes herbeiführt.